

Protokollauszug öffentliche Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses- gemeinsam mit dem Schulausschuss vom 16.05.2006

Zu Ö 3 Gewalt unter Jugendlichen in Aachen - Antrag der Grünen Fraktion vom 6.4.2006 ungeändert beschlossen A 51/0102/WP15-2

Zunächst bedankt sich Frau Hostettler für die umfangreiche Vorlage, aus der ein guter Ist-Zustand ersichtlich wird, an dem weiter gearbeitet werden kann und muss.

Herr Rombey weist darauf hin, dass es sich hier um einen sehr sensiblen Bereich handelt, der einer vertieften Auswertung in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form einer Fachtagung bedarf.

Herr Ernst teilt mit, dass nach Redaktionsschluss noch zwei weitere Schulen gemeldet hätten. Diese Meldungen sind der Niederschrift beigelegt. Außerdem seien für eine Gesamtschule und eine Förderschule die Meldungen durch die Schulsozialarbeiter erfolgt und daher zunächst nicht mitgezählt worden.

Herr Schmitz als Vertreter für Herrn Kahlen gibt die angekündigten Informationen aus Sicht der Polizei. Die Folien sind beigelegt.

In der anschließenden Diskussion gibt es Übereinstimmung, dass eine Fachtagung nur mit theoretischen Ansprüchen keinen Sinn macht. Erforderlich ist ein Workshop bzw. eine Veranstaltung, in der alle Beteiligten Handlungskonzepte entwickeln bzw. weiterentwickeln. Wie aus der Vorlage ersichtlich ist, gibt es bereits viele Ansätze. Die notwendigen Aktionen sind allerdings unbedingt aufeinander abzustimmen. Aus der Diskussion ergibt sich ferner, dass bei dieser Fachveranstaltung alle Akteure einbezogen werden sollten, dazu gehören auch Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe sowie der Elementarbereich. Da die berufliche Perspektivlosigkeit auch Ursache für Gewalt sein kann, sollten auch die IHK und die Handwerkskammer beteiligt werden.

Allgemein wird gewürdigt, dass an allen Schulen im Prophylaxe-Bereich viel getan wird. Allerdings bleibt hier die Frage, ob die Schule auch alles erfährt, was die Schüler machen. Hier ist die Ehrlichkeit aller Beteiligten gefordert. Da die Schüler die Schule besuchen müssen, der Besuch von Jugendeinrichtungen dagegen freiwillig ist, ist die Schule der Ansatzpunkt.

Im Zusammenhang mit dem Projekt AG Ostviertel stellt Frau Wilms die Frage nach dem Stand hinsichtlich der Sozialraumkonferenzen. Frau Hostettler teilt mit, dass diese Thematik in eine der nächsten Sitzungen des KJA behandelt werden wird.

Herr Boenke weist zur Problematik Integration auf Veröffentlichungen des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen unter www.nkf.de hin.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss und der Schulausschuss nehmen einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Anlage 1 Nachtrag A 40 Gewalt
- Anlage 2 Vortrag Kinder- und Jugendausschuss
- Anlage 3 Vortrag Polizei Bedrohung
- Anlage 4 Vortrag Polizei Einfache Körperverletzung
- Anlage 5 Vortrag Polizei Gefährliche Körperverletzung auf öffentlichen Wegen und Plätzen
- Anlage 6 Vortrag Polizei Raub auf Wegen und Plätzen